

Märkische Linke

Infoblatt - *Die Linke*. - Ostprignitz-Ruppin

Juli-August 2011 07-08/2011

NO PASARAN !!!

Hunderte Neuruppiner haben mit zahlreicher Unterstützung aus den Nachbargemeinden erstmalig einen Naziaufmarsch gestoppt



Am 9. Juli 2011 zeigte es sich, dass eine gute Vorbereitung im Aktionsbündnis »Neuruppin bleibt bunt« und eine breite Mobilisation, gepaart mit Kreativität und Entschlusskraft zum Erfolg führen kann.

Zum wiederholten Male planten die sogenannten Freien Kräfte einen Aufmarsch in der Fontanestadt. In der Vergangenheit wurden diese Aufmärsche von Protesten und Demokratiefesten begleitet. Letztendlich marschierten die Nazis aber durch die Straßen und verbreiteten ihre dumphen und menschenverachtenden Parolen.

Für DIE LINKE ein unbefriedigender Umstand. Schon auf dem Kreisparteitag am 19. Februar in Fretzdorf wurde ein Beschluss unter dem Titel »Kein Fußbreit den Faschisten« verabschiedet, in dem darauf orientiert wurde, mittels einer friedlichen Sitzblockade dem braunen Spuk Widerstand entgegen zu setzen. Zahlreiche Genossinnen und Genossen aus allen Regionen des Landkreises, darunter viele Mandatsträger aus den kommunalen Parlamenten, und viele Genossinnen und Genossen aus dem gesamten Land Brandenburg folgten dem Aufruf und trafen am Morgen des 9. Juli vor der Kreisgeschäftsstelle ein. Vorsorglich hatte der Kreisvorstand eine Kundgebung angemeldet. Die Erfahrung lehrte, dass die Polizei sehr großzügig Absperrungen vornimmt und damit ein ungehinderter

Zugang zur Geschäftsstelle verwehrt wurde.

Großaufgebot der Polizei

Auch diesmal glich Neuruppin einer Stadt im Belagerungszustand. Ein Großaufgebot der Polizei mit 800 Beamten aus mehreren Bundesländern riegelte die Innenstadt systematisch ab. Eine gespenstische Atmosphäre. Doch im Gegensatz zum vergangenen Jahr waren die Polizeikräfte deutlich entspannter und zugänglicher. Die für die Kundgebung der LINKEN abgestellte Hundertschaft aus Schleswig Holstein erklärte sogar ausdrücklich, dass sie nur eingzugreifen gedanke, wenn es zu Straftaten seitens der Protestierenden kommen sollte.

Nach einer lautstarken Protestdemonstration und einer Auftaktkundgebung des Aktionsbündnis auf dem Neuruppiner Kirchplatz, auf der neben dem Bürgermeister Jens Peter Golde und Landrat Ralf Reinhardt auch die LINKE Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann gesprochen hat, übernahmen vorwiegend junge Antifaschisten die Regie. In einer wohlgedachten und nur scheinbar spontanen Aktion marschierten zwei etwa 100 Personen starke Gruppen getrennt durch Neuruppin. Die Polizei war überrascht. Beide Gruppen trafen sich dann auf der Kreuzung am Fontanedenkmal und besetzten diese. Ein Lautspre-

cherwagen der Linksjugend SOLID unterhielt die Blockierer mit wichtigen Durchsagen und mit Musik.

LINKE mittendrin

Die Polizei sicherte die Kreuzung ab und suchte Hände ringend eine Person, die bereit war, als Anmelder zu dieser Spontandemonstration auf zu treten. Mit der linken Landtagsabgeordneten Bettina Fortunato fand sich dankenswerterweise diese Person. Mittendrin in der Sitzblockade saßen Kirsten Tackmann und weitere Mitglieder der LINKEN. Schnell wurde klar, es werden mehr Leute benötigt, die die Blockade verstärken. Letztendlich war es eine Frage der Verhältnismäßigkeit, ob die Einsatzkräfte der Ordnungsmacht die Blockade räumen werden, für die Teilnehmer des Naziaufmarsches.

Glücklicherweise war von den angekündigten 300 Nazis gerade einmal die Hälfte erschienen. Ihr Aufzug verzögerte sich gleich zu Beginn, durch umfangreiche Polizeikontrollen. Zeit die die Teilnehmer der Sitzblockade nutzten, um per



Entschlossenen Teilnehmer

Handy weitere Menschen zum Fontanedenkmal zu bewegen. Zum Schluss saßen einige hundert Personen, darunter Familien mit Kindern und Senioren auf der Kreuzung. Es herrschte eine große Solidarität untereinander. Die Sonne brannte unbarmherzig an diesem Tag. Kurierfah-

Kurz notiert

Stadtvorstand Neuruppin lädt ein

Schiffsfahrt am 7. September

Die Senioren unseres Stadtverbandes der LINKEN Neuruppin und die von Rheinsberg und Lindow sind herzlich eingeladen zur diesjährigen »Dampferfahrt«. Dieses Mal wollen wir in die wasserreiche Rheinsberger Umgebung starten.

Geplant ist die Schiffsfahrt am **Mittwoch, 07. September 2011**. Wir wollen mit einem Bus nach Rheinsberg fahren und treffen uns 10.15 Uhr an der Geschäftsstelle Schinkelstraße. Unser Schiff von der Reederei Halbeck fährt 12.00 Uhr in Richtung Flecken Zechlin. 16.00 Uhr sind wir wieder in Rheinsberg. Für Verpflegung ist auf dem Schiff ge-

sorgt! In geselliger Runde wollen wir die landschaftlich sehr schöne Gegend - hoffentlich bei einigermaßen schönem Wetter - genießen und unsere Gedanken austauschen.

Die »Finanzplanung« im Stadtvorstand ist noch nicht abgeschlossen, es ist **eventuell** ein Unkostenbeitrag von 5 Euro notwendig. Der Stadtvorstand **bittet** zwecks Platzbestellung (Bus und Schiff) **schnell um Rückmeldung bis 17.08.2011**, wer teilnehmen möchte (Tel. 03391/2383 oder 655420 oder Zettel in den Briefkasten).

Christa Horstmann

Mit Spannung erwartet

Am 4. September 2011 geht es weiter mit Landtagswahlen: in Mecklenburg-Vorpommern wird der neue Landtag gewählt. Spitzenkandidat der LINKEN ist hier Helmut Holter, derzeit Fraktionsvorsitzender der starken linken Landtagsfraktion und bis zur vorigen Wahlperiode auch Minister in der Landesregierung. Dank ihrer bürgernahen und konsequenten Politik haben die LINKEN gute Aussichten, auch dafür, wieder in der Landesregierung mitzumischen. Allerdings wird die Stimmung unter den Genossen auch etwas beeinträchtigt durch einige »Führungsquerelen« in der Partei. Harter

Wahlkampf bietet auch hier die Gelegenheit, sich enger zusammenzufinden. In Berlin werden am 18. September 2011 die neuen Abgeordneten gewählt. Die LINKE, die bei den letzten Umfragen um die 14% lag, hat noch kräftig zu kämpfen, um ihre früheren überzeugenden Ergebnisse wieder zu erreichen. Die bisherige labile Haltung von SPD-OBM Wowereit gegenüber den LINKEN (der offenbar deren vielfach vernünftige Politik für die Interessen der Berliner und für die Stadt nicht genügend anzuerkennen weiß) erschwert allerdings auch ihre Arbeit.

Programmmentwurf ist da

Einige Exemplare des vor einigen Wochen vom Parteivorstand beschlossenen Programmmentwurfs sind noch in der Kreisgeschäftsstelle Schinkelstraße und in den Geschäftsstellen Kyritz und Wittstock zu haben. Der Programmmentwurf liegt als Leitantrag dem vom 21. - 23. Oktober 2011 stattfindenden Erfurter Bundespar-

teitag vor, der ihn beschließen soll. Ab 1. November soll dann durch einen Mitgliederentscheid endgültig über das neue Programm entschieden werden. Bundessatzung, Wahlordnung, Schiedsordnung und die Ordnung für Mitgliederentscheide liegen ebenfalls als Anträge vor.

Damit nichts vergessen wird

Dokumentationstafeln in den Orten, die rund um das ehemalige Bombodrom liegen, werden künftig die Erinnerung an den lange Jahre währenden Kampf der Bürgerinitiative und von tausenden Bürgern gegen den Bombenabwurf- und Truppenübungsplatz wach halten. Die Landesregierung hat Mittel bereitgestellt,

damit den zahllosen Bürgern, die sich dafür eingesetzt haben, mit solchen informativen Tafeln ein Denkmal gesetzt und vor allem jungen Menschen, Touristen und Urlaubern die Aktualität dieses Kampfes gegen Krieg und Kriegsübungen immer wieder vor Augen geführt wird.

Kommentiert

Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt

Eine schallende Ohrfeige für die Arbeit des brandenburgischen Verfassungsschutzes, ist der Vergleich vor dem Verwaltungsgericht in Potsdam. Geklagt hatte das Neuruppiner Jugendwohnprojekt »Mitten Drin« e.V., ein linksalternativer Jugendverein in der Fontanestadt, der neben Kultur- und Bildungsangeboten auch Wohnraum für Jugendliche anbietet.

Im jüngsten Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg, tauchte das »Mitten Drin« exemplarisch für linksextremistische Aktivitäten in Jugendvereinen auf. Auf mehreren Seiten versuchten die »Schlapphüte« darzustellen, dass im anerkannten Träger der offenen Jugendarbeit »Linksextremisten« ihr Unwesen treiben. Diese Darstellung wiesen die Mitglieder des Vereins entschieden zurück. Solidarisch unterstützt wurden sie dabei von Mitgliedern der LINKEN, wie die Bundestagsabgeordnete Dr. Kirsten Tackmann, die den Verein aufgrund seiner antifaschistischen Arbeit ausdrücklich lobte und den Bericht des Verfassungsschutzes eine Farce nannte.

Der Bericht hatte neben der Imageschädigung für den Verein auch schwerwiegende Folgen. Das Finanzamt in Kyritz stellt die Gemeinnützigkeit in Frage und prüft die Aberkennung dieses Status. Ein Umstand, der für den Verein das finanzielle Aus bedeuten würde. Einer Aufforderung des Vereins, die Passagen über das »Mitten Drin« aus dem Bericht zu tilgen, kamen die Verfassungsschützer nicht nach. Was blieb war der Gang vor das Verwaltungsgericht. Hier wurde nun entschieden, dass die betreffenden Textstellen umgehend geschwärzt werden und die entsprechenden Seiten im Internet gelöscht werden müssen. Ein großartiger Erfolg für den Verein, der sich mit rechtsstaatlichen Mitteln gegen die Willkür einer Behörde zur Wehr gesetzt hat. Dazu gratulieren wir herzlich.

Die brandenburgischen Verfassungsschützer müssen ihre zweifelhaften Ermittlungsmethoden überdenken. Ihr Vorgehen bleibt unakzeptabel. Nun ist das Kyritzer Finanzamt am Zuge. Ein weiterer Zweifel an der Gemeinnützigkeit ist mehr als hinfällig.

Ronny Kretschmer

Ein Sieg der Vernunft

Wochenlang ging es durch die lokale Presse: Das Jugendwohnprojekt »MittenDrin e.V.« wurde im Verfassungsschutzbericht 2010 als Beispiel für »Linksextremistische Aktivitäten in Jugendzentren« erwähnt. Viele Diskussionen und Probleme für den Verein sind daraus entstanden. Bei einigen Projekten blieb die Förderung aus, die Besucherzahlen gingen zeitweise wegen verständlicherweise besorgten Eltern zurück, die Gemeinnützigkeit drohte aberkannt zu werden. Das Image in der Stadt wurde zudem massiv beschädigt.

Anzeige gegen den Verfassungsschutz

Das MittenDrin suchte die öffentliche Diskussion und konnte so die haltlosen Vorwürfe zurückweisen. Leider gab es beim Verfassungsschutz kein Einsehen und so musste schließlich Anzeige auf Unterlassung gegen die Behörde gestellt werden. Am 04. August wurde über einen Vergleich zwischen MittenDrin und dem Verfassungsschutz vor dem Potsdamer Verwaltungsgericht verhandelt.

Richterschelte: VS arbeitet »tendenziös und unzulässig«

Nachdem der vorsitzende Richter – durchaus zutreffend – festgestellt hatte, dass hier »Spatzen mit Kanonen beschossen werden«, beleuchtete er und die beitzenden Richter Stück für Stück die einzelnen Vorwurfspunkte. Dabei kam recht schnell ans Licht, dass der Verfassungsschutz »tendenziös und unzulässig ungenau« arbeitet. Die VertreterInnen des Verfassungsschutzes haben heraus, dass sie die Arbeit des MittenDrin durchaus hoch schätzen würden und es niemals in ihrer Absicht stand, diese zu gefähr-

den. Woraufhin sie von den Richtern darauf hingewiesen wurden, dass eine Erwähnung in besagtem Bericht zu nichts anderem führen könne. Im Verlauf der weiteren Auseinandersetzung stellte sich heraus, dass, wie vom MittenDrin im Vorfeld erwartete, die Punkte, die der Geheimdienst als »extremistisch« moniert hatte, haltlos sind, sehr ungenau recherchiert und berichtet wurden und die tendenziöse Art und Weise, in der der Bericht über den Verein verfasst worden war, vollkommen ungeeignet erscheint, die vorgeblich hochgeschätzte Arbeit nicht zu gefährden.

Nach diesen und weiteren Zurechtweisungen des Verfassungsschutzes durch die Richter wurde letztendlich eine gütliche Einigung ausgehandelt, die Bände über die Rechtmäßigkeit des Eintrages in dem Bericht spricht:

MittenDrin – Erwähnung muss geschwärzt werden

Der Verfassungsschutz hat sämtliche Einträge über das MittenDrin aus dem Verfassungsschutzbericht 2010 zu entfernen. In einer Neuauflage darf es keine Erwähnung mehr geben, in der jetzigen Auflage müssen die entsprechenden Passagen geschwärzt oder herausgerissen werden, aus der Online-Version sind die Textstellen umgehend zu entfernen. Außerdem hat der Geheimdienst sämtliche Verhandlungskosten zu tragen. Im Gegenzug verspricht das MittenDrin, in Zukunft genauer darauf zu achten, ob ReferentInnen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung agieren bzw. »linksextremistischen Organisationen« angehören. Auf die Frage von Seiten der Vereinsleitung, was genau denn nun eigentlich unter Linksextremismus zu verstehen sei, antwortete der vorsitzende

Richter: »Wir wissen nicht was Linksextremismus ist, wir wissen nur, dass er strafbar ist.«

Haltlose Vorwürfe bedrohten Existenz

Damit sind die Disziplinierungsversuche des Brandenburger Verfassungsschutzes gegen alternative Projekte ins Stocken gekommen. Das der Verfassungsschutz die Einigung als eigenen Erfolg zu verkaufen versucht nehmen wir zur Kenntnis. Die Fakten sprechen gegen diese Wahrnehmung. Der Verfassungsschutz hat eine schallende Ohrfeige für seine diffamierende Arbeit kassiert. Die Richter ließen keinen Zweifel daran, dass im Falle eines Hauptverfahrens der Argumentation des MittenDrins zu folgen ist.

Das JWP MittenDrin hält das Ergebnis des des Gerichtstages für einen Sieg der Vernunft. Wir hoffen, uns nach vielen Monaten der Verunsicherung nun endlich ohne den Extremismus-Vorwurf im Rücken entspannter unserer Arbeit widmen zu können. Und diese wird weiterhin unabhängig sein und weiterhin auch gesellschaftskritische Veranstaltungen beinhalten. Wir hoffen inständig, dass der Verfassungsschutz künftig von uns ablässt und aus der richterlichen Kritik an seiner Arbeit Lehren zieht.

Fakt ist, dass die Behörde unserer – wie wir finden – legitimen und notwendigen Vereinstätigkeit bis an die Grenzen der Existenzbedrohung Steine in den Weg gelegt hat. Und das, wie nun vor Gericht erneut deutlich wurde, mit völlig substanzlosen Vorwürfen. Eine öffentliche Entschuldigung hierfür steht noch aus.

Presse AG des MittenDrin

NO PASARAN !!!

Fortsetzung von Seite 1

rer sorgten für regelmäßigen Nachschub an kalten Getränken. Die Stunden vergingen wie im Flug. Aufforderungen der Polizei zur Räumung der Kreuzung wurden fröhlich ignoriert.

Großer Jubel brandete auf, als bekannt wurde, dass die Nazis unverrückter Dinge wieder zum Bahnhof umkehren mussten.

Dieser Tag war ein Erfolg aller antifaschistischen Kräfte, die mit einer konsequenten und friedlichen Blockade, dafür gesorgt haben, dass Neuruppin erstmalig einen Naziaufmarsch stoppen konnte.

Wiederholung notwendig

Für die Nazis war dieser Tag eine Niederlage. Ihr provokantes Konzept zur Eroberung des öffentlichen Raumes ging nicht auf. Ihre nicht versteckte Wut darüber, ist in diversen Internetforen der braunen Szene nachlesbar. Wie nunmehr bekannt wurde, mobilisieren die »Freien Kräfte« für einen neuerlichen Versuch. Laut Ankündigung planen sie am 24. September 2011 einen weiteren Aufmarsch in der Fontanestadt. Eine erfolgreiche Wiederholung der



Protestaktion ist also notwendig.

Ronny Kretschmer

Neues aus dem Landtag

Auf Sommertour

Am 12. Juli weilte auf Einladung unseres Landtagsabgeordneten Dieter Groß die Vorsitzende des Landtagsausschusses für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie, Genossin Birgit Wöllert in Neuruppin.

Der Vormittag war geprägt von einem Besuch der Ruppiner Kliniken. Hier führten Bärbel Wöllert und Dieter Groß unter Teilnahme von Genossin Rita Büchner, Mitglied des Kreistages OPR, Gespräche mit dem klinischen Geschäftsführer Dr. Voth sowie mit dem Betriebsrat. Sie ließen sich über die neuen Strukturen, die zu kürzeren Wegen für die Patienten sorgen, sowie über die moderne und effektive zentrale Aufnahme mit Rettungsstation informieren. Besonders beeindruckt waren sie davon, wie es der Klinikleitung gelang und gelingt, das Historische mit dem Modernen effektiv zu verbinden. Insgesamt schätzte Bärbel Wöllert ihren Klinikbesuch als sehr interessant und informativ ein.

Den Nachmittag nutzte Genossin Wöllert, gemeinsam mit Rita Büchner, Dieter Groß und Joachim Behringer, um sich über die Situation im ambulanten Pflegebereich in der Region zu informieren. Leider kam, trotz Presseanruf, nur die Pflegedienstleiterin der ASD GmbH, Schwester Petra Müller, der Einladung nach. Frau Müller berichtete über die Situation im häuslichen Alten- und Krankenpflegebereich sowie über Probleme, die auch andere Pflege-



dienste haben. Hierbei spielten der akute Fachkräftemangel und die geringe Vergütung der Pflegekräfte eine entscheidende Rolle. Die Kritik, dass es unterschiedliche Mindestlöhne in Ost und West gibt, wurde von Genossin Wöllert geteilt. Ebenso stimmten die Gesprächspartner überein, dass, um einen Notstand an Pflegefachkräften zu verhindern, die Bedingungen in der Region verbessert und die Zugangsvoraussetzungen für examinierte ausländische Pflegekräfte verbessert werden müssen. Entscheidend hierbei sei jedoch das perfekte Beherrschen der Deutschen Sprache.

Die anwesenden Pressevertreter nutzten die Möglichkeit, im Anschluss Fragen zu stellen.

Zur Erklärung: Im Land Brandenburg ist die Pflegebranche dem Sozialministerium und nicht dem Gesundheitsministerium zugeordnet.

mi

»Erhöhung der Bundestagsdiäten ist absurd«

»DIE LINKE wird wie 2008/9 die jetzt geplante Diätenerhöhung für Bundestagsabgeordnete ablehnen. Sie ist absurd und dürfte dem Mehrheitswillen der Wählerinnen und Wähler nicht entsprechen,« kommentiert Dr. Kirsten Tackmann die von der CDU/CSU, FDP und SPD beschlossene Anhebung der Abgeordnetenbezüge von derzeit monatlich 7.668 Euro in zwei Schritten, 2012 und 2013, um je 292 Euro anzuheben. Tackmann weiter:

»Wir sind Volksvertreterinnen und Volksvertreter in einem Land, in dem Menschen immer öfter arm sind, unab-

hängig davon, ob sie Arbeit haben. In dem für die öffentlichen Haushalte von Bund, Land und Kommune so wenig Geld verfügbar ist, dass immer weniger politische Entscheidungsspielräume vorhanden sind und Demokratie beschädigt wird.

Ausgerechnet in dieser Situation wollen Union, FDP und SPD ihre persönlichen Säckel auffüllen. Da mache ich auch dieses Mal nicht mit. Wenn diese Diätenerhöhung von einer Mehrheit beschlossen werden sollte, werde ich den Netto-Betrag wie schon jene aus den Erhöhungen 2008 und 2009 weitergeben an politische und

soziale Projekte, vor allem in meinem Wahlkreis.«

Eine Übersicht der Diätenweitergabe von Dr. Kirsten Tackmann finden Sie unter:

www.kirsten-tackmann.de/bundestag/die_glaeserne_abgeordnete/index.html

(Pressemitteilung der Bundestagsabgeordneten Dr. Kirsten Tackmann vom 28. Juni 2011)

Bundestagsreport

Meine »Wege übers Land 2011«

Bereits zum 6. Mal fand meine politische Abgeordneten-Rundreise während der sommerlichen Sitzungspause des Bundestags statt und führte schwerpunktmäßig durch den Wahlkreis. Sie ist keine Maßnahme gegen parlamentarische Langweile. Die etwa 50 Termine in 10 Tagen zeigen erneut, dass zumindest bei LINKEN Abgeordneten das Vorurteil nicht stimmt, Politiker/innen würden sich nur beim Wahlkampf vor Ort sehen lassen. Begonnen haben die »Wege übers Land« allerdings mit Ausflügen über den regionalen Tellerrand hinaus. Erstes Ziel war ein Besuch der Wolfsscheune in Rietschel (Sachsen). Da die ersten Isegriks auch in der Prignitz zuwandern sind Informationen über das Wolfsmanagement in Sachsen und Erfahrungen mit wirksamen Schutzmaßnahmen für Weidetiere (Weidezäune, Herdenschutzhunde) sehr wichtig. Die sächsische Lausitz hat mit aktuell 6 Wolfsrudeln einen großen Erfahrungsvorsprung, der in die aktuelle Überarbeitung des Brandenburger Wolfsmanagementplans eingebracht werden sollte. Umweltministerin Tack habe ich bei ihrem Besuch im Ökodorf Brodowin begleitet, wo es unter anderem um eine harmonische Einbindung landwirtschaftlicher Produktion in das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin ging. In der Uckermark ging es um die konkrete Umsetzung des Konzepts für eine naturverträglichere Waldbewirtschaftung. Auf dem Weg von dort nach Hause habe ich in Ravensbrück im antifaschistischen Workcamp des Neuruppiner Jugendwohnprojekts MittenDrin vorbeigesehen. Bei der Tour durch den Wahlkreis, die von Anette Bock mit Unterstützung von Genossinnen und Genossen in den Regionen sehr ideenreich organisiert wurde, ging es unter anderem um die Folgen von Entscheidungen der schwarz-gelben Koalition. Zum Beispiel die massive Kürzung der Städtebauförderung, die meine Landtagskollegen Axel Henschke, Dieter Groß und ich im Kyritzer Rathaus diskutierten oder die Streichung im Bereich der Arbeitsmarktförderung, die ich in Protzen und in Friesack diskutierte. Ich habe mich in verschiedenen Agrarbetrieben und in kleinen und mittleren Betrieben der regionalen Wirtschaft umgesehen, mit Bürgermeisterinnen und Ortsvorstehern und in Dorf-Abgeordnetensprechstunden diskutiert. Dabei ging es oft um zunehmend schwierigere Lebensbedingungen in den Dörfern und Schwierigkeiten bei der Fachkräftesuche und -Ausbildung. Sehr engagierte Arbeit habe ich in Jugendprojekten der DGB-Jugendbildungsstätte Flecken-Zechlin und bei der Brandenburger Landjugend in Fehrbellin kennengelernt sowie im Mehrgenerationenhaus in Perleberg. Mit einem Gespräch mit der neuen Vorsteherin des Finanzamtes und dem Besuch eines neuen Seniorenzentrums in Kyritz sowie auf dem Alpaka-Hof in Segeletz endeten die Wege übers Land 2011. Ich habe wieder viele neue Informationen, Eindrücke und Hausaufgaben mitgenommen. Die Tour 2012 ist versprochen.

Dr. Kirsten Tackmann, MdB

Aus dem Kreisvorstand berichtet

Die Mitglieder des Kreisvorstandes beschäftigten sich auf ihrer letzten Beratung schwerpunktmäßig mit der Vorbereitung eines Maßnahmenpaketes zur Mitgliedergewinnung. Der Kreisverband OPR ist einer von 4 Modellkreisen im Land, die von einer Arbeitsgruppe im Auftrag des Landesvorstandes unterstützt werden. Aus diesem Grund waren Regina Friedemann (Kreisverband OHV) und Claudius Markov (Marketingagentur Markov & Markov) anwesend, um den Kreisvorstand bei einer Bestandsaufnahme und der Sammlung von ersten Ideen und Vorschlägen zu unterstützen. Bis zum Ende des Jahres 2011 werden die Ideen der 4 Modellkreise gesammelt und es soll eine entsprechende Konzeption erstellt werden. Der KV sieht das Projekt der Mitgliedergewinnung als äußerst wichtig für die weitere Handlungsfähigkeit unseres Kreisverbandes an und bestimmt dazu einen Verantwortlichen für dieses Projekt.

Die Kreistagsfraktion beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Antrag zur Einrichtung einer Erzieherklasse im OSZ, um eine Deckung des Bedarfs an Erziehern zu erreichen und das Bildungsmonopol hierzu nicht einem Privatunternehmen zu überlassen.

Die »Demo gegen rechts« am 9.7.2011 war nicht zuletzt wegen der Verbesserung der Zusammenarbeit innerhalb eines breiten Bündnisses demokratischer Kräfte innerhalb Neuruppins, aber auch der Teilnahme von Gegendemonstranten aus nahen und fernen Regionen ein voller Erfolg.

Der Kreisvorstand fasste den Beschluss, am 19.11.2011 um 10.00 Uhr einen Kreisparteitag durchzuführen. Hier geht es hauptsächlich um die Vorstellung von Kandidaten für den neuen Landesvorstand und die Wahl von Delegierten.

J.S.

SPD lenkt ein

Aus der Stadtverordneten-Versammlung Neuruppin berichtet

Wie in der letzten Ausgabe der Märkischen Linken berichtet, lag den Stadtverordneten von Neuruppin ein Antrag der SPD – Fraktion vor. Dieser beinhaltet den Verzicht auf Atomstrom durch die Fontanestadt, sowie den generellen Ausschluss von einem Atomstromangebot durch die kommunalen Stadtwerke. Dieser Ursprungsantrag erwies sich nicht als Mehrheitsfähig, da er die Existenz der Stadtwerke Neuruppin gefährdete.

Die SPD lenkte glücklicherweise ein. Beschlossen wurde nunmehr, die Stadtwerke zu beauftragen ein kommunales Energiekonzept zu erarbeiten, in dem Wege aufgezeichnet werden, wie es der Stadt gelingen kann, mittelfristig ausschließlich ökologisch nachhaltigen Strom durch die Stadtwerke den Endverbrauchern zur Verfügung zu stellen. Die Fraktion DIE LINKE konnte dem so veränderten Antrag zu stimmen, da er die wesentlichsten Veränderungswünsche der Fraktion zum Ursprungsantrag berücksichtigte.

In Neuruppin laufen unterdessen vorbereitende Maßnahmen für die Errichtung einer Photovoltaik – Anlage auf dem ehemaligen Militärflugplatz. Darüber hinaus soll noch in diesem Jahr eine weitere Biogasanlage im Ortsteil Stöffin errichtet werden.

R.K.

Übrigens

... ermittelte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, dass seit dem Jahre 2000 die Löhne der unteren und teilweise der mittleren Einkommensbezieher in Deutschland preisbereinigt um 22% gesunken sind, dagegen stiegen die Löhne der hohen Einkommensbezieher im gleichen Zeitraum um 1% preisbereinigt

... hat der Bund durch den Solidaritätszuschlag bisher rund 200 Milliarden Euro von den Bürgern kassiert, davon allein im Jahre 2008, 13,15 Milliarden Euro

Wegweisende Urteile

Auf den Kreis OPR könnten zukünftig Mehrausgaben für die Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Empfänger zukommen. Das ergibt ein aktuelles Urteil des Sozialgerichts Neuruppin, welches der Fachanwalt für Arbeits- und Sozialrecht, Genosse Gerd Klier für eine Mandantin erstritten hat. Die Richter gaben der Klägerin recht, dass 4,20 € Zuschuss pro Quadratmeter Wohnfläche zu gering sind und legten 4,88 € als angemessen fest. Dieses Urteil gilt vorerst nur für den verhandelten Fall. (1-Personenhaushalt in Neuruppin) Jede Klage ist ein Einzelfall. Aber das ergangene Urteil hat garantiert Einfluss auf weitere Gerichtsentscheidungen.

Wer diesbezügliche Fragen hat, kann sich jederzeit an die Rechtsanwaltskanzlei Klier in Neuruppin wenden.

Der Kreistag sollte entscheiden

Als Optionskommune konnte der Kreis selbst festlegen, in welcher Höhe der Zuschuss für Unterkunft der Hartz-IV-Empfänger angemessen ist. Die vom damaligen Landrat Gilde festgelegten 4,20 € pro m² wurden von Anfang an von den großen Vermietern als zu niedrig kritisiert. Der Geschäftsführer der Neuruppiner Wohnungsbaugesellschaft (NWG), Tolsdorf, verweist darauf, dass bereits im Programm »sozialer Wohnungsbau« Kaltmieten für finanzschwache

Menschen von 4,86 € ausgewiesen sind.

Auch wenn sich der jetzige Landrat Reinhardt den Weg der Berufung offen hält, stehen die Kreistagsabgeordneten bestimmt bald vor der Entscheidung, die Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Empfänger den realen Gegebenheiten anzupassen. Hierbei sollten sie sich von ihrem sozialen Gewissen leiten lassen.

Ein weiteres, grundsätzliches Urteil erstritten

Das kommunale Jobcenter (bisher Amt für Arbeitsmarkt) des Kreises muss künftig auch für die Heizkosten von Hartz-IV-Empfängern aufkommen, die außerhalb der vom Jobcenter willkürlich festgelegten Heizperiode anfallen. Bisher hat sich das Jobcenter geweigert, Heizkosten, die in den Sommermonaten angefallen sind, zu übernehmen. Das Gericht gab Gerd Klier Recht, dass im gesamten Jahr die Möglichkeit bestehen muss, dass man in seiner Wohnung die Raumtemperatur angemessen regulieren kann.

Aber auch hier prüft das Jobcenter ob es das Urteil anerkennt oder in Berufung geht.

Rechtsbeistand ist wichtig

In den oben genannten Beispielen zeigt sich wieder einmal, wie wichtig es heute ist, sich in rechtlich relevanten Situ-

ationen einen kompetenten Rechtsbeistand zu nehmen. Ohne das juristische Engagement von Rechtsanwalt Klier hätten die Klägerinnen bestimmt nicht den beschriebenen Erfolg erreicht. Dass Genosse Klier aber auch andere Urteile erstritten hat, die in gewissem Maße neu sind, zeigt folgendes Beispiel:

Bei der Vertretung eines Mandanten vor dem Arbeitsgericht Neuruppin erstritt Gerd Klier einen Vergleich, indem der Richter, 4 Euro Stundenlohn als zu gering, wenn nicht gar als sittenwidrig einstufte. Daraus resultierte ein Sieg für den Mandanten und der betreffende Arbeitgeber musste sich entsprechende Vorwürfe vom Richter anhören und eine erhebliche Nachzahlung leisten.

P. S. Durch einen Rechtsfall, der sich in meiner Familie ereignete, konnte ich mich persönlich von dem Engagement des Fachanwaltes für Arbeits- und Sozialrecht, Gerd Klier überzeugen. Bei der Beratung, Verhandlungsvorbereitung und der eigentlichen Verhandlung fühlten wir uns gut beraten und vertreten.

Im Übrigen erweitert Gerd Klier gegenwärtig seine Fachkenntnisse. Er vertritt auch Mandanten bei der Wahrnehmung ihrer Rechte als Patienten. In Kürze wird er auch noch als Fachanwalt für Medizinrecht tätig sein.

Achim Müller

Stunde der Wahrheit für deutsche Agrarpolitik

Die Debatte um die zukünftige EU-Agrarpolitik hat mit dem Vorschlag der EU-Kommission für den Haushalt 2014-2020 weiter an Fahrt gewonnen. Die Agrarpolitik ist am weitesten harmonisiert und hat deshalb bislang den größten Anteil am EU-Haushalt.

Die Bundesregierung hatte frühzeitig signalisiert, sie sehe keinen Änderungsbedarf. Weder an der inhaltlichen Ausrichtung noch an ihrem finanziellen Beitrag zum EU-Agrar-Budget (1% des Bruttoinlandsproduktes), dessen Erhalt sie in voller Höhe forderte. Alles könne und solle bleiben, wie es ist. Diese Diskussionsverweigerung der Bundesregierung hat DIE LINKE immer kritisiert, weil wir im Interesse einer zukunftsfähigen einheimischen Agrarwirtschaft und der ländlichen Räume um jeden Euro kämpfen, aber das Geld zielgerichteter an soziale und ökologische Kriterien gebunden werden muss. Denn es gibt neue Herausforderungen, zu deren Bewältigung auch Deutschland seinen Beitrag leisten muss: die EU wurde erweitert, landwirtschaftliche Einkommen sind oft nicht existenzsichernd, der Klimawandel ist

längst spürbar.

Der aktuelle Vorschlag der EU-Kommission zeigt, dass die Bundesregierung mit ihrer Blockade in zentralen Punkten gescheitert ist. 1. Die deutsche Überweisung nach Brüssel soll sich auf ca. 1,05% erhöhen. 2. Das EU-Agrarbudget soll um ca. 12,5% sinken. 3. Die Flächenprämien in den Mitgliedsstaaten sollen schrittweise angeglichen und 4. an zusätzliche soziale und ökologische Leistungen gebunden werden. 5. Für größere Betriebe sollen die Flächenprämien gekappt werden, wobei sie über die Zahl der Arbeitskräfte diesen Effekt mindern können.

Da sich sowohl der EU-Agrarkommissar Ciolos als auch das EU-Parlament in sehr ähnlicher Weise positioniert haben ist für die Bundesregierung die Stunde der Wahrheit gekommen. Sie muss den Bäuerinnen und Bauern und den Menschen in den Dörfern und kleinen Städten endlich sagen, wie sie nun agieren will. Denn wenn der offizielle Vorschlag der EU-Kommission zu zukünftigen Agrarpolitik im Herbst vorgelegt wird, ist der EU-Ministerrat am Zug.

Sollte die Bundesregierung z. B. weiter auf die 1% Beitragsgrenze bestehen, gäbe es noch weniger Geld im Agrarhaushalt. Wie übrigens schon 2005, als die gerade neu gewählte Kanzlerin Merkel eine deutliche Kürzung der Mittel für die ländlichen Räume dafür in Kauf genommen hatte.

DIE LINKE lehnt weiter 2 zentrale Teile des EU-Kommissionsvorschlages ab: die Kürzung des EU-Agrar-Budgets und die diskriminierende Kappung der Flächenprämien für die größeren Betriebe. Die anderen Vorschläge gehen in die gleiche Richtung wie das Konzept der LINKEN. Spannend wird hier aber die konkrete Umsetzung. So fordert DIE LINKE, dass ein höherer Arbeitsplatzbesatz und eine größere Eigentümerzahl in Betrieben mit gemeinschaftlicher Bewirtschaftung von Acker und Ställen genauso berücksichtigt werden muss wie die Zahlung eines Mindestlohns und zusätzliche ökologische Leistungen.

*von Dr. Kirsten Tackmann
Bundestagsreport der Landesgruppe
Brandenburg, Ausgabe 13/2011*

Die Afghanistan – Wette

Der bekannte Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft »Rote Reporter«, Klaus Jann, hat mal wieder eine interessante »Mit mach Wette« initiiert. Vielleicht finden sich ja Leserinnen und Leser der Märkischen Linken, die bereit sind, sich daran zu beteiligen. Im Folgenden deshalb der Wettaufruf:

Ganz Deutschland fordert:
Bundeswehr raus aus Afghanistan

Am 7. Oktober vor genau 10 Jahren begann der Krieg in Afghanistan. Zehntausende zivile Opfer und auch schon über 50 Bundeswehrsoldaten hat dieser Krieg inzwischen gekostet. Die große Mehrheit der Deutschen fordert schon lange: Schluss mit dem Krieg. Die Bundeswehr muss zurückgeholt werden. Aber in Berlin sind die Regierenden taub. Da hilft nur eine mächtige Protestwelle ...

Und jetzt kommt's: Ich bin nach der erfolgreichen »Sparpaket – Wette« im vergangenen Jahr wieder mal eine »Polit – Wette« eingegangen. Eine Wette unter dem Motto

»Ganz Deutschland fordert: Bundeswehr raus aus Afghanistan«.

Mit meiner Wettpartnerin aus Wülfrath, einer »Unternehmerin mit einem linken Herzen« habe ich gewettet, dass es mir gelingt, bis zum 20. Oktober in mindestens 250 Städten, Dörfern und Kreisen Aktionen unter diesem Motto zu initiieren. Meine Wettpartnerin, die nicht daran glaubt, dass ich das schaffe, ist aber bereit, wenn ich die Wette gewinne, für jede Aktion 10 Euro für



Bundeswehr raus aus Afghanistan!

DIE LINKE.

www.die-linke.de

Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

| | | | | |
|----|-------|-------------------|------------------|---------|
| Am | 16.8. | Giselher Trepte | in Rühnick | zum 84. |
| Am | 17.8. | Wilhelm Reichel | in Wittstock | zum 62. |
| Am | 21.8. | Maria Schlögel | in Neuruppin | zum 84. |
| Am | 22.8. | Emil Timm | in Kyritz | zum 78. |
| Am | 29.8. | Achim Müller | in Alt Ruruppin | zum 62. |
| Am | 31.8. | Anita Holz | in Wittstock | zum 65. |
| Am | 1.9. | Johanna Rosenberg | in Neuruppin | zum 85. |
| Am | 1.9. | Günter Wissel | in Kleinzerlang | zum 69. |
| Am | 2.9. | Gisela Beckmann | in Kyritz | zum 73. |
| Am | 11.9. | Werner Schultes | in Neuruppin | zum 90. |
| Am | 11.9. | Herbert Manthey | in Alt Ruruppin | zum 87. |
| Am | 11.9. | Erna Schölzel | in Neuruppin | zum 77. |
| Am | 18.9. | Anne Klann | in Heiligengrabe | zum 77. |
| Am | 19.9. | Sigrid Stolz | in Wall | zum 68. |

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch

die Kampagne »Milch für Kubas Kinder« zu spenden. Sollte ich die Wette verlieren, muss ich pro Aktion 5 Euro für Kubas Kinder berappen.

Die Wette läuft ab sofort. Günstig ist: Am 1. September ist der Antikriegstag und am 4. September der 2. Jahrestag des Kundus – Massakers. Und unter Aktionen können verstanden werden: Mahnwachen, Infostände, Demos, Veranstaltungen und vieles mehr. Hauptsache: Der Protest gegen den Krieg in Afghanistan ist sichtbar. Denn: Bedingung ist, dass von jeder Aktion ein Foto gemacht wird, auf dem auch (ein Schild) die jeweilige Stadt zu erkennen ist. Die Fotos werden dann auf einer Homepage veröffentlicht.

Klaus H. Jann

Mehr Informationen unter: www.linksdemokraten.de
Die Fotos bitte an: JannRORE@t-online.de

Unser Konto für Spenden und Einzahlungen:

Die Linke. Kreisvorstand OPR
Kto. Nr. 1632361, BLZ 160 619 38
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin e.G.

Bücherecke

»**Schnittstelle Moskau**«

Gemeinsame und getrennte Wege: Curt Trepte - Luisrose Fournes - Hans Hauska

Es ist kein gewöhnliches Buch, kein Roman. Der Herausgeber Peter Diezel stellt in Dokumenten und Briefen die Lebens- und Haftgeschichten dieser Freunde vor, die während der Weimarer Republik im Agitproptheater »Kolon-ne Links« und in der »Truppe 1931« auftraten und als Mitglieder der KPD schwierigen politischen und beruflichen Verhältnissen ausgesetzt waren. 1933 lernten sie sich kennen, als beide Theaterkollektive in der Sowjetunion zusammenfanden.

In den Jahren der Emigration erlebten Curt Trepte, Hans Hauska und Luisrose Fournes gute und weniger gute Jahre. Hans Hauska, Musiker und Komponist, wird von den stalinischen Massenrepressionen erfasst, wird aus der Sowjetunion ausgewiesen und sofort von der Gestapo an der Grenze zu Deutschland verhaftet.

Der Kampf um ihre Liebe zueinander und der beiden Kinder Carola und Gisela sowie die Sicherung ihres Lebensunterhaltes und das Ringen um die Stand-

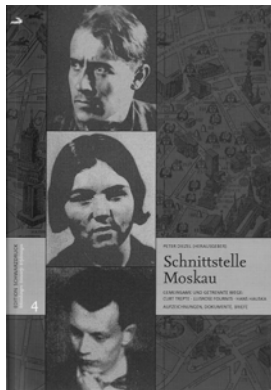
haftigkeit ihrer kommunistischen Haltung kommt in den vielen Briefen ganz deutlich zum Ausdruck.

Wie lebten die Kinder in der Emigration, was ist aus den Familien Trepte und Hauska nach dem Sieg über den Hitlerfaschismus geworden? Wir könnten sie fragen, sie lebten und leben mit ihren Erlebnissen und Erinnerungen unter uns.

Die Erinnerungen aus diesem Buch sollten wir bewahren und an die Jugend weitergeben.

(Anmerkungen: Gisela Trepte und seine Frau Marlen lernten sich schon als Kinder während der Emigration in Moskau kennen und leben heute in Rühnick (Kr. OPR). Gisela's Mutter Luisrose war Marlen's Patentante.)

Gerda Menzel-Bismark



Peter Diezel (Hrsg.)
Schnittstelle Moskau
Edition Schwarzdruck
ISBN 978-3-935194-28-0

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion **DIE LINKE**. Sprecherin für Agrarpolitik, Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Tel.: 030 / 227 74 309, Fax.: 030 / 227 76 308
Funk: 0173 / 38 04 592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiter **Hartmut Buschke** und **Anette Bock**
Tel.: 033971 / 328 57, Fax.: 033971 / 328 93
E-Mail: buschke@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten von Kirsten Tackmann bitte im Wahlkreisbüro nachfragen.

Dieter Groß, Landtagsabgeordneter der Fraktion **DIE LINKE**. Sprecher für Kultur- und Sportpolitik; ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur; ordentliches Mitglied im Rechtsausschuss und im Richterwahlausschuss; stellvertr. Mitglied im Ausschuss für Familie, Jugend und Sport und Landesjugendausschuss.
Tel.: 0331/9661526, Funk: 0172 / 3500435
www.dieter-gross.de

Wahlkreisbüro Markt 13, Wittstock
Wahlkreismitarbeiter **Anja Büchner** und **Christian Richter**
Tel.: 03394 / 4997064, Fax.: 03394/4997065
E-Mail: ra.gross@gmx.de

Bürozeiten Di. 9-16, Mi. 9-12, Do. 11-18 Uhr
Sprechzeiten von Dieter Groß im Wahlkreisbüro Wittstock sowie in den Büros Pritzwalk, Neuruppin und Kyritz (Zeiten bitte im Wahlkreisbüro Wittstock erfragen).

Bürgerbüro der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Wahlkreismitarbeiter **Joachim Behringer**
Schinkelstr. 13, Neuruppin, Tel.: 03391/2383
Sprechzeiten:
Mo.-Do. 10.00-14.00 Uhr
Fr. 10.00-13.00 Uhr

Vorsitzender der Kreistagsfraktion DIE LINKE. Friedemann Göhler
Tel.: 03391/2383, Funk.: 0176 / 20627803
Sprechzeiten jeden 2. und 4. Montag
16.00-17.00 Uhr.

DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin

Kreisgeschäftsstelle Neuruppin
Schinkelstr. 13, Neuruppin
Tel: 03391/655420; Fax: 03391/655422
www.die-linke-opr.de
E-Mail: kv@linkspartei-opr.de
Sprechzeiten Di. u. Do. 9-12 und 14-16 Uhr.
Sprechzeit des Geschäftsführenden Vorstandes
Montags ab 16.15 Uhr.

Geschäftsstelle Kyritz
Wilsnacker Str. 1, Kyritz;
Tel/Fax: 033971/72086;
E-Mail: bock@linkspartei_opr.de
Sprechzeiten Mo.-Fr. 9.00 - 12.00 Uhr.
Geschäftsstelle Wittstock
Markt 13, Wittstock;
Tel. 03394/4997066 Fax. 03394/4997068
E-Mail: linke_wittstock@t-online.de
Sprechzeiten Di. 9.00 - 11.00 Uhr,
Do. nach Vereinbarung

Termine

| | |
|----------------------|---|
| Montag, 15.08.11 | Mitgliederversammlung Die Linke. Regionalverband Fehrbellin 19.00 Uhr, Bibliothek Fehrbellin |
| Freitag, 19.08.11 | Sommernachtsfest der LINKEN in Berlin 18.30 Uhr, »Kosmos«, K.-Marx-Allee 131a |
| Mittwoch, 24.08.11 | Beratung des Kreisvorstandes Die Linke. OPR 18.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13 |
| Mittwoch, 24.08.11 | Sprechstunde von Kirsten Tackmann, MdB (Änderungen möglich) 10.00-11.30 in Wittstock (Geschäftsstelle) 14.00-15.30 in Kyritz (Linkseck/Geschäftsstelle) 16.30-18.00 in Neuruppin (Bürgerbüro/Geschäftsstelle) |
| Dienstag, 30.08.11 | Mitgliederversamml. Die Linke. Regionalverb. Rheinsberg – Lindow 19.00 Uhr, Feuerwehrhaus Lindow - mit Kirsten Tackmann |
| Mittwoch, 31.08.11 | Beratung des Stadtvorstandes Die Linke. Neuruppin 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13 |
| Donnerstag, 01.09.11 | Beratung des Regionalvorst. Die Linke. Kyritz-Neustadt-Wusterhsn. 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1 |
| Donnerstag, 01.09.11 | Beratung des Regionalvorstandes Die Linke. Wittstock 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Markt 13 |
| Freitag, 02.09.11 | 66 Jahre Bodenreform 10.00 Uhr, Kulturhaus Kyritz - Bodenreformdenkmal |
| Montag, 05.09.11 | Beratung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadtverordnetenversammlung Neuruppin 18.30 Uhr, Rathaussaal Neuruppin |
| Dienstag, 06.09.11 | Beratung der Kreistagsfraktion Die Linke. OPR 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13 |
| Montag, 12.09.11 | Beratung der Stadtfraktion Die Linke. Neuruppin 19.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13 |
| Montag, 12.09.11 | Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes Die Linke. OPR 18.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13 |

Märkische Linke

Herausgeber: Kreisvorstand **Die Linke. OPR**, Verantwortlicher Redakteur: Ronny Kretschmer (V.i.S.d.P.); Redaktion: Lutz Geue, Christa Horstmann, Achim Müller, Jürgen Schubert, Gisela Trepte.

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 26.08. 2011
Erscheinungsdatum: Mi., 07.09.2011